Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet

DIVSI magazin

JULI 2014

Diskussions-Veranstaltung in Berlin

Deutschland braucht einen Digitalen Kodex

Engagierte Suche nach dem richtigen Weg: Vom Straßenkampf auf eine andere Ebene kommen

Schluss mit Allgemeinplätzen

Studie der Uni St. Gallen räumt auf mit Mythen zur Netzbeteiligung

Ein Jahr nach Snowden

Aktuelle Umfrage: Die Mehrheit reagiert eher gleichgültig

Staatssekretärin Hella Dunger-Löper, Senatskanzlei des Landes Berlin, unterstrich die Bedeutung der DIVSI-Initiative.

Inhalt

3 Editorial

4 Fünf Mythen zur Netzbeteiligung
Aktuelle Untersuchung der Uni St. Gallen räumt auf mit Allgemeinplätzen

SCHWERPUNKT „DIGITALER KODEX“

8 Rettungsanker im Strudel der Digitalisierung
Plädoyer für ein Instrument, das viele für nicht realisierbar hielten (halten)

10 Deutschland braucht einen Digitalen Kodex
Experten-Treffen in Berlin: Vom Straßenkampf auf eine andere Ebene kommen

16 Kernpunkte: Überführen, aktivieren und auslösen
Die Basis für die nächsten Schritte ist gelegt

18 Internet, Demokratie und Partizipation
Engagieren sich Menschen politisch, nachdem sie das Internet für sich entdeckt haben?

21 Abhören? Egal, ich habe nichts zu verbergen!
Umfrage ein Jahr nach den Snowden-Enthüllungen

24 Der staatliche Schutzauftrag im Wandel
Überkommene Handlungsinstrumente sind im digitalen Raum ineffektiv

27 Aktuelle Bücher

Impressum

Herausgeber:
Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI)
Matthias Kammer, Direktor
Mittelweg 142
20148 Hamburg

Chefredaktion:
Jürgen Selonke (V.i.S.d.P.)

Autoren: Meike Demattio, Prof. Dr. Christian Hoffmann, Matthias Kammer, Christoph Lutz, Prof. Dr. Miriam Meckel, Philipp Otto, Dr. Sönke Schulz, Dr. Göttrik Wewer

Realisierung:
Lohrengel Mediendesign
Schulterblatt 58
20357 Hamburg

Verbreitete Auflage:
ca. 7.500 Exemplare,
Abgabe kostenlos

Titel: David Jacob, Zerbor – Fotolia

Haben Sie Fragen oder wünschen weitere Informationen?

Web: www.divsi.de
E-Mail: info@divsi.de

Anfragen DIVSI magazin:
Michael Schneider,
Leitung Kommunikation
Tel.: + 49 40 226 369 895
E-Mail: michael.schneider@divsi.de
E-Mail: presse@divsi.de

Wissenschaftliche Leitung:
Joanna Schmölz
Tel.: + 49 40 226 369 896
E-Mail: wissenschaft@divsi.de

Steine im Wasser, Beteiligung im Netz und das Grundgesetz auf dem Prüfstand

Wie sorge ich auf einem Gewässer für Kreise, die sich unaufhaltsam ausbreiten? Das Rezept ist simpel und sicherlich hinlänglich bekannt. Man nehme einen Stein und lasse ihn aus möglichst großer Höhe in den See plumpsen. Schon entsteht ein kleiner Kreis und wächst und wächst und wächst ...

So ähnlich, wenngleich in der Realisierung komplizierter, verhält es sich mit der DIVSI-Suche nach einem Digitalen Kodex für Deutschland. Am Anfang war die Idee, eine aufgeworfene Frage. Um im Beispiel zu bleiben: Der Stein fiel ins Wasser.

Und der Gedanke wurde aufgegriffen, diskutiert, weitergedacht, unter verschiedenen Blickwinkeln betrachtet und abgewogen. Das waren die ersten, noch kleinen kreisförmigen Wellen, die sich aber beharrlich fortbewegten.

Jetzt, rund ein Jahr nach dem Anstoß, gab es in Berlin die dritte Info-Veranstaltung. Vor voll besetztem Auditorium, in dem sich nicht nur anerkannte Experten ein Stelldichein gaben. Erstaunlich viele junge Gäste hörten kritisch zu. Ein ebenso erfreulicher wie bemerkenswerter Fakt. Macht er doch deutlich, dass die anfänglich kleinen Wellen längst neue Ufer erreicht haben. Die Phalanx der Jugend saß dicht gedrängt links von mir. Und ich durfte erstaunt beobachten, dass nicht einer während der gesamten Veranstaltung mit dem Handy spielte, simste, mailte oder sich anderweitig ablenken ließ.

Das Thema „Digitaler Kodex" fesselt offensichtlich also über Altersgrenzen hinweg. Und das ist gut so. Denn gerade die Jüngeren werden für ein hoffentlich noch langes Leben mit dem Netz samt seinen Chancen und Risiken aktiv sein. Es sollte ihnen also besonders am Herzen liegen, dass in Sachen Internet Regeln für mehr Fairness im gegenseitigen Umgang gefunden werden. Über den aktuellen Sachstand und die Veranstaltung in Berlin informieren wir ab S. 8.

Beteiligung am Internet ist ein gängiges Schlagwort. Sie wird gefordert, beschworen, verunglimpft. Doch was genau meint Beteiligung? Eine Frage, die bislang meist unbeachtet blieb. Dank Miriam Meckel und ihren Mitstreitern an der Uni St. Gallen sehen wir jetzt klarer. Details zu einer neuen Studie ab S. 4.

Zu dieser Thematik passt ein Beitrag von Göttrik Wewer. Er untersucht: Engagieren sich Menschen politisch, nachdem sie das Internet für sich entdeckt haben? Oder nutzen sie das Netz jetzt auch für politische Zwecke, weil es manches erleichtert (S.18)?

Abgeschlossen sind die Arbeiten an der Untersuchung, ob unser Grundgesetz für die digitale Zeit tauglich ist. Sönke E. Schulz informiert über die Erkenntnisse. Ein Ergebnis: Überkommene Handlungsinstrumente sind im digitalen Raum ineffektiv, zum Teil auch rechtlich und tatsächlich unmöglich (S. 24).

Seine Enthüllungen haben ihn zum Flüchtling, aber auch prominent gemacht. 80 % aller Bundesbürger kennen Edward Snowden. Das besagt eine Umfrage, die das DIVSI ein Jahr nach seinen Enthüllungen hat erstellen lassen. Ob und wie die Deutschen ihre Internet-Aktivitäten geändert haben, berichtet Meike Demattio (S. 21).

Ich wünsche Ihnen informative Unterhaltung.

Jürgen Selonke
Chefredakteur DIVSI magazin

5 Mythen zur Netzbeteiligung

Aktuelle Untersuchung der Uni St. Gallen räumt auf mit Allgemeinplätzen.

Christian Hoffmann, Christoph Lutz, Miriam Meckel

Alle sind ständig im Internet, aus privaten, politischen und tausend anderen Gründen. Doch wie steht es tatsächlich um die Beteiligung am Netz? Durch den Vormarsch von Digitalisierung und Vernetzung ist dieser Begriff zu einem Schlagwort avanciert und hat auf dem Weg zu breiter Popularität seine exakten Koordinaten verloren.

Das Institut für Medien- und Kommunikationsmanagement der Universität St. Gallen hat sich der Kernfragen angenommen: Wie werden Menschen im Internet tatsächlich aktiv, welche Bereiche und Formen von Beteiligung im Netz gibt es, was sind ihre Voraussetzungen und was ihre Folgen? Die Ergebnisse der Untersuchung machen deutlich, dass sich im Hinblick auf die tatsächliche Netzbeteiligung längst Mythen etabliert haben. Schon deshalb lohnt ein genauerer Blick. Es wird Zeit, die Mythen durch Fakten zu ersetzen.

Erster Mythos: Wir alle wollen uns ständig beteiligen

Zwar steckt Beteiligung durchaus in der DNA des sozialen Internets, aber nutzen wir sie auch? Die DIVSI Milieu-Studie (2012) hat gezeigt: Es gibt in Deutschland noch immer einen „Beteiligungsgraben". Vor allem die Gruppe der „Digital Outsiders", die noch immer etwa 40 Prozent der Bevölkerung ausmacht, ist im Netz wenig aktiv.

Auch für das Internet gilt die Pareto-Regel: Wenige machen viel, und viele machen wenig. Dieser Graben kann zum Teil auf die Fähigkeiten der Nutzer zurückgeführt werden, ist aber wesentlich durch unterschiedliche Motivations- und Interessenlagen verursacht.

Zweiter Mythos: Beteiligung ist immer politisches Handeln

Im Internet gibt es ganz verschiedene Arten des Engagements. Die Politik ist das wichtigste Beteiligungsfeld im Internet, zumindest gemessen am entsprechenden Umfang der wissenschaftlichen und öffentlichen Auseinandersetzung. Aber nicht dem Politischen zugeordnete Formen des Handelns können ebenso aktivierend und partizipativ veranlagt sein. Es gibt beeindruckende Formen der Peer Production im Netz, die für Beteiligung in der Wirtschaft stehen. Es gibt kreative Schaffenskraft, die im Bereich der Kunst im Netz freigesetzt wird. Neue Lehr- und Lernplattformen wie MOOCs sind nur ein Beispiel für Beteiligung im Bildungssektor. Und Menschen, die sich in einem Internetforum über ihre gemeinsame Krankheit austauschen, praktizieren auch so etwas wie Beteiligung.

Politik ist also nur ein Feld, in dem die Beteiligungspotenziale des sozialen Internets spielen, andere gehören ebenso beachtet.

Dritter Mythos: Wir alle nutzen dasselbe Internet

Technisch gesehen stimmt das. Es bedeutet jedoch nicht, dass sich alle Menschen in derselben digitalen Lebenswelt bewegen. Subjektiv gibt es im Netz wenige Standards, die individuelle Erfahrungswelt ist bunt und vielseitig – so wie die Interessen der Nutzer.

Das globale Netzwerk von Computern bietet heute vielseitige Plattformen und Nischen. Wir nutzen zum Beispiel das World Wide Web über HTTP und Browser, tauschen uns über soziale Medien wie Facebook oder Twitter aus, werden Kunden in den proprietären Systemen wie der Apple-Plattform iTunes und tummeln uns manchmal auch in Räumen, die sich dem breiten öffentlichen Zugang entziehen, wie dem Darknet.

Surfen und Posten, Mailen und Downloaden, Skypen und Chatten, Konsumieren und Kreieren – das alles ist möglich im Netz. Es stellt uns die Plattform und die Instrumente zur Verfügung. Was wir damit machen, ist unsere Entscheidung. Also engagieren wir uns für Umweltschutz oder Menschenrechte, Gesund-

Fotos: Andre Jabali/nenetus – Shutterstock

heit oder Suchtkrankheiten, Kunst und Kultur, Stars, Produktinnovationen und Wettbewerbe.

Überall beteiligen sich Menschen – auf unterschiedliche Art, in unterschiedlicher Intensität und zu unterschiedlichen Dingen. Unsere subjektiven Internets müssen sich dabei nicht berühren.

Vierter Mythos: Beteiligung ist immer wünschenswert und gut

Das ist eine sehr normative Sicht und stimmt so auch nicht durchgängig. Zum einen nutzen in Deutschland vor allem die Menschen mit höherem sozioökonomischen Status das Internet, zum anderen muss Beteiligung eben nicht nur gute Seiten haben.

Auch beim Einkaufen im Netz, beim Spielen von Onlinegames, beim Arbeiten im Netz beteiligen wir uns. Das kann auch Folgen haben, die nicht zum traditionellen Begriff der Beteiligung passen: im politischen Umfeld, zum Beispiel dem „Clicktivism" oder „Slacktivism", bei dem sich Beteiligung auf ein „Like" auf Facebook für eine Protestbewegung reduzieren kann.

Im sozialen Miteinander kann übermäßige Beteiligung sogar zur Frag- →

> Beteiligung am Internet muss nicht nur gute Seiten haben.

Ein Netz für alle? Trugschluss! Wir bewegen uns in verschiedenen digitalen Welten.

Online-Beteiligung. Stimmt der Begriff noch? Oder sollten wir von „vernetzter Aktivität“ reden?

→ mentierung von Öffentlichkeiten führen, wenn die Hochengagierten nur noch das wahrnehmen, was ihre Interessen betrifft und dazu passt. Und manchmal führt zu viel Beteiligung schlicht zu Überlastung: „Informationsüberlastung“ und „Technostress“ sind die Folgen.

Fünfter Mythos: Das Internet ändert alles oder nichts

So ist das mit der Diskussion um neue Technologien: Es bilden sich schnell zwei extreme Sichtweisen heraus. Die Wahrheit liegt meist irgendwo in der Mitte. Durch das Internet werden nicht plötzlich alle Menschen aktiv, sozial oder gar politisch.

Aber mit der These, Beteiligung im Netz diene in erster Linie dazu, dass sich Schmalspuraktivisten nach dem Klick auf den Like-Button besser fühlen, machen wir es uns auch zu einfach. Zur Erinnerung: Das Netz als Massenmedium ist keine zehn Jahre alt. Wir haben erst wenige Schritte getan in eine neue Zeit, die ganz sicher wesentlich durch das neue Medium geprägt wird. Es ist ein Marathon, kein Sprint.

Drei Konzepte für mehr Verständnis

Unsere Übersicht über die Forschung zum Themenfeld Beteiligung im Netz zeigt: Es gibt grob drei Konzepte, die genauer angeschaut werden müssen. Sie helfen zu verstehen, dass Beteiligung im Internet ein variantenreiches Konzept ist.

- Das Netz kann ermöglichen (also in erster Linie Zugang zu Informationen bieten)
- Das Netz kann einbinden (also Interaktionsmöglichkeiten, Dialog und Austausch schaffen)
- Das Netz kann ermächtigen (uns die

NEWS

ELSTER fliegt immer öfter

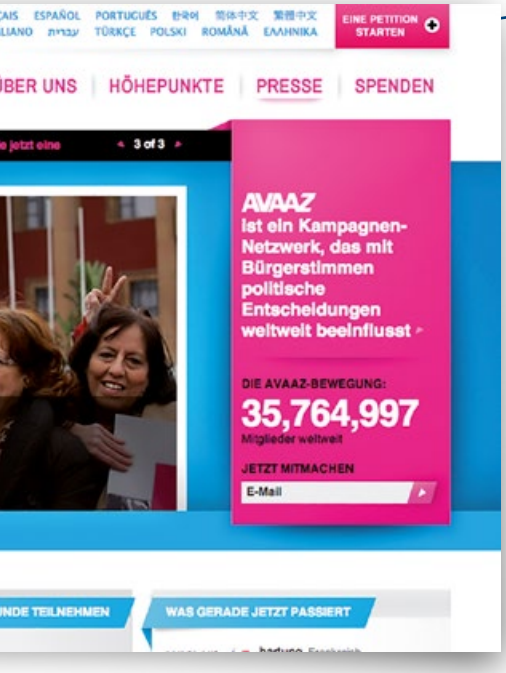
Berlin – Steuererklärungen online steigen.

Rund 15,2 Mio. Einkommensteuererklärungen wurden 2013 online via ELSTER abgegeben. Das entspricht einem Plus von etwa einem Viertel gegenüber dem Jahr zuvor. Das teilte BITKOM Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder mit.

Für die elektronische Steuererklärung stellt die Finanzverwaltung das kostenlose Programm "ElsterFormular" zur Verfügung. Es ermöglicht die Dateneingabe in ein elektronisches Steuerformular, die Übernahme von unveränderten Angaben aus dem Vorjahr, eine Probeberechnung der Steuererstattung/Steuernachzahlung und die verschlüsselte Übertragung der Steuererklärung über das Internet.

Aufwind. Dr. Bernhard Rohleder zum ELSTER-Höhenflug.

Ein Vorteil der Abwicklung auf elektronischem Weg ist die kürzere Wartezeit. Die Finanzämter bearbeiten solche Steuererklärungen bevorzugt. Das ELSTER-Formular gibt allerdings keine gezielten Hinweise dazu, wie man Steuern sparen kann. Daher ist diese Variante kein Ersatz für eine professionelle Steuerberatungssoftware, wie sie kommerzielle Anbieter offerieren, oder für die Unterstützung durch einen steuerlichen Berater.



Möglichkeit geben zu kooperativen Interaktionsformen bei Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen)

Die drei Beteiligungsformen unterscheiden sich mehr als graduell. Damit wir sie verstehen und interpretieren können, müssen wir ein paar alte Hüte der Deutung ablegen. Wir sehen auch: Das Internet ermöglicht uns sehr vielfältige Formen der Beteiligung.

Manche davon ähneln dem, was wir schon immer unter dem Begriff verstanden haben, anderes öffnet neue Türen und Perspektiven. Immer weniger lässt sich klar zwischen Beteiligung analog und digital, offline und online unterscheiden. Die Welten verschwimmen. Immer mehr Menschen beteiligen sich auf unkonventionelle Art im Netz, jenseits der bekannten institutionalisierten Formen.

Vielleicht passt auch der Begriff „Beteiligung" nicht mehr recht zu dem, was er in Zeiten des Internets beschreibt. Vielleicht müssen wir vielmehr von „vernetzter Aktivität" sprechen?

Es lohnt sich, einige Mythen zurückzulassen, um besser zu verstehen, was Menschen treibt, sich unterschiedlich im und mit dem Netz zu engagieren. Beteiligung ist nicht immer gleichzusetzen mit höchster Aktivität und lebenswichtigen Entscheidungen. So wie politische Beteiligung nicht nur ein Wahlakt sein kann.

Es kann auch Beteiligung sein, wenn ich im Netz einen Lippenstift zugunsten der AIDS-Hilfe ersteigere. Und Zahlen alleine sagen uns wenig. Sind eine Million „Likes" so viel wert wie 100 Wählerstimmen? Und wer entscheidet das?

Die Begleitforschung zur Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft" hat festgestellt, dass die Online-Beteiligung kaum positive Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen den Bürgern und der Politik, sondern einigen Frust bei den Nutzern ausgelöst hat. Frust entsteht vor allem dann, wenn Erwartung nicht zur Wirklichkeit passt. Wenn wir an Beteiligung im Netz denken, sollten wir darum unsere Erwartungen der Realität annähern – und dabei die ganze Vielfalt der Wirklichkeit(en) im Netz anerkennen.

Prof. Dr. Miriam Meckel ist Ordinaria und Direktorin am Institut für Medien- und Kommunikationsmanagement der Universität St. Gallen, Schweiz. **Prof. Dr. Christian Hoffmann** ist Assistenzprofessor und **Christoph Lutz** Doktorand.

WEITERE INFORMATIONEN
divsi.de/publikationen/studien

NEWS

Hessen stockt auf

Wiesbaden – Minister folgt Staatssekretär als neuer CIO.

Die Hessische Landesregierung hat Finanzminister Dr. Thomas Schäfer zum neuen Chief Information Officer (CIO) und Bevollmächtigten für E-Government und Informationstechnologie des Landes bestellt. Er ist in dieser Funktion damit Nachfolger von Staatssekretär Horst Westerfeld, der in den Ruhestand getreten ist (wir berichteten).

Die Landesregierung setzt mit dieser Bestellung ein wichtiges strategisches und politisches Signal. Die hessische E-Government-Strategie wird nunmehr auf Ministerebene im Kabinett sowie auch im IT-Planungsrat von Bund und Ländern vertreten.

Die hessische Landesregierung beauftragte den Minister in seiner Funktion als CIO gleichzeitig, in Zusammenarbeit mit dem Minister des Inneren und für Sport eine umfassende Konzeption für die zukünftige inhaltlich-strategische Ausrichtung und organisatorische Aufstellung im Bereich E-Government und Informationstechnologie zu erarbeiten. Schäfer: „Die Landesregierung wird verstärkte Kooperationen auf Landes- und Kommunalebene sowie die Bündelung zentraler Beschaffungs- und Betriebsprozesse anregen. Auch der Ausbau der ressortübergreifenden Nutzung vorhandener zentraler technischer Infrastrukturen steht neben der Green-IT auf unserer digitalen Agenda."

Hessen-CIO. Neue Aufgaben für Minister Thomas Schäfer.

Fotos: Andre Jabali – Shutterstock, Horst Wagner

Rettungsanker im Strudel der Digitalisierung

Plädoyer für ein Instrument, das viele für nicht realisierbar hielten (halten).

Matthias Kammer

Natürlich können wir in unserer schönen Internet-Welt weitermachen wie bisher. Technisch funktioniert fast alles, die Möglichkeiten scheinen grenzenlos zu sein. Abhörorgien, Wirtschaftsspionage, Cybermobbing? Ich war noch kein Opfer, wird mancher denken. Doch das ist falsch. Viele Nutzer ahnen nicht, in welchem Umfang sie längst Opfer sind. Denn den meisten Menschen bleiben die Mechanismen der Macher verborgen.

Gemeint sind damit beileibe nicht nur Geheimdienste, die Überwachung und Beobachtung stets als ihren Job begriffen haben. Vielmehr verarbeiten auch Unternehmen personenbezogene Daten inzwischen in großem Stil, erstellen digitale Profile, deren Existenz den Betroffenen meist unbekannt ist. Für unsere Gesellschaft kann diese Tendenz zu Intransparenz und Ohnmacht der Beginn einer folgenschweren Entwicklung sein.

Wer schützt uns? Der Staat, das Grundgesetz? National vielleicht. Doch das Internet ist international. Unternehmen mit Sitz im Ausland sind nationalen Regulierungen im digitalen Raum kaum zugänglich.

Den Grundgedanken eines möglichen Rettungsankers hat der frühere Bundespräsident und DIVSI-Schirmherr Prof. Dr. Roman Herzog ins Spiel gebracht. Er sagte, dass „in unserem digitalen Zeitalter Fragen der Ethik einen zunehmend größer werdenden Raum einnehmen" würden. In die Diskussion brachte Herzog „Leitplanken, die uns auf dem richtigen Weg halten. Ein Digitaler Kodex, von allen Verantwortlichen getragen, könnte ein Weg dahin sein."

Offene Fragen. In diesem Jahr ist es 25 Jahre her, dass Tim Berners-Lee und Robert Cailliau am Forschungszentrum CERN das World Wide Web entwickelten. Seitdem verändert die Digitalisierung unseren Alltag. Viele, die Jüngeren zumal, sind ständig online. Die Technik wird ohne Wenn und Aber angenommen.

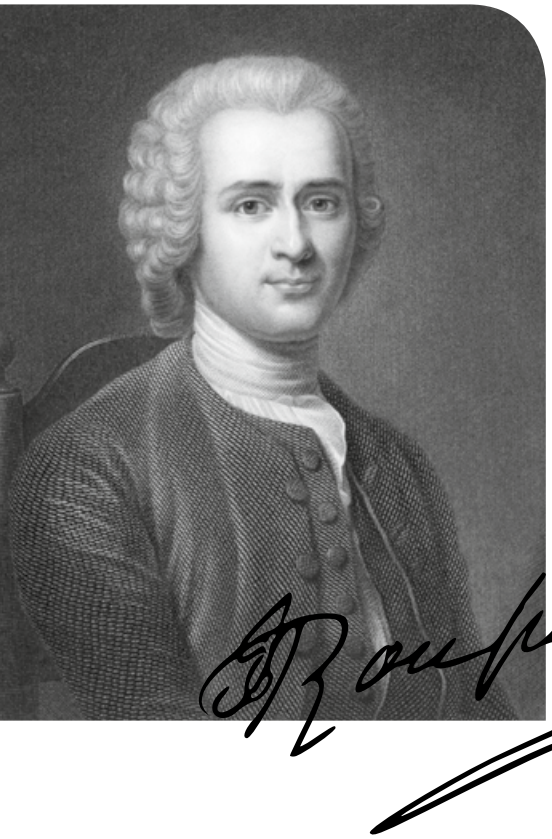
Dafür bleiben Fragen anderer Art bis heute offen – wie so oft, wenn eine Gesellschaft von einer neuen Errungenschaft überrollt wird: Wie entstehen in diesem rasanten Änderungsprozess anerkannte, verbindliche Spielregeln? Welche Regeln gelten überhaupt? Wer übernimmt die Verantwortung dafür, dass das Internet ein Raum wird, in dem jeder vertraulich und sicher kommunizieren kann? Wer kümmert sich jenseits des sich oft hilflos ausgeliefert fühlenden Verbrauchers darum, dass mit dessen Daten nicht Schindluder getrieben wird?

Die digitale Umwälzung wird unaufhaltbar fortschreiten. Doch wie? Wir dürfen der Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Das Internet ist eine Kulturleistung der Menschheit von historischer Bedeutung. Es gilt, das Gute des Netzes weiterzuentwickeln, aber gleichzeitig im Herzog'schen Sinne Leitplanken zu installieren.

Heterogene Interessen. Deutschland braucht einen Digitalen Kodex. Er wäre ein Instrument, das nicht durch staatliche Regulierung in die Welt kommt, sondern durch Diskurs und Aushandlung. Wobei sich zeigt, dass die Interessenlagen von Unternehmen, Internetnutzern und Staaten sehr heterogen sind.

Vor gut 250 Jahren veröffentlichte der französische Philosoph Jean-Jacques Rousseau seine Schrift „Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechtes"; dort vertrat er die Auffassung, dass Voraussetzung für eine funktionierende menschliche Gemein-

> Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern, dass er nicht tun muss, was er nicht will.
>
> Jean-Jacques Rousseau



Vordenker.
Rousseau (1712 – 1778) beeinflusste die Pädagogik und die politische Theorie in ganz Europa wesentlich.

Hintergrund.
Der Zwischenbericht ist gerade erschienen und bei DIVSI erhältlich.

schaft ein Pakt ist, der das Gemeinwohl garantiert; diese Schrift wurde eines der Grundwerke der Aufklärung. Angesichts der tief greifenden Umwälzungen im digitalen Zeitalter benötigen wir nun im Rousseau'schen Sinne einen neuen Gesellschaftsvertrag.

Grundverständnis von Fairness. Ein solcher Kodex könnte der Rettungsring im Strudel der Digitalisierung sein. Wir brauchen ihn, um ein gemeinsames Grundverständnis von Fairness zu entwickeln. Denn sonst werden die Nutzer irgendwann defätistisch und fatalistisch und verlieren jedes Vertrauen in das Internet und in die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten. Ein Digitaler Kodex kann nicht alle offenen Fragen des Verhaltens von Institutionen und Personen im Netz klären, er wird nicht allumfassend sein können. Er muss sich jeweils auf konkrete Probleme beziehen und entsprechend in einer jeweils geeigneten Form erstellt werden.

Wer wie mit wem und in welcher Form sich diesen Aufgaben stellt, darüber besteht noch Diskussionsbedarf. Insgesamt wird ein breiter Aushandlungsprozess in der Gesellschaft stattfinden müssen, damit der Digitale Kodex ein wirksames Instrument wird. Zahlreiche Themenfelder bräuchten eine solche Vereinbarung, bräuchten übergeordnete Spielregeln:

- Wie gehen wir künftig seriöser mit persönlichen Daten in sozialen Netzwerken um?
- Wie lässt sich verhindern, dass im Schutz der Anonymität im Internet Aggressionen ausgelebt werden, die sich vis-à-vis kaum entfalten würden?
- Wie lassen sich Benimmregeln entwickeln, auch um Cybermobbing zu verhindern?
- Wie ist zu gewährleisten, dass Daten überforderter Verbraucher, die das Kleingedruckte weder verstehen noch lesen, sondern rasch weiterklicken, nicht länger schonungslos als Handelsware genutzt werden?
- Was ist zu beachten, um Transparenz zu schaffen und gleichzeitig Datenschutz zu gewährleisten?
- Wie soll mit dem Hausrecht – oder auch der Zensur – auf privaten Plattformen umgegangen werden?

Das Netz ist längst ein sozialer, wirtschaftlicher und auch politischer Raum, in dem neue Rahmenbedingungen gelten. Individuelle und institutionelle Kommunikation laufen in Echtzeit mit globaler Reichweite ab. Die Historien von Kommunikations- und Interaktionssträngen werden gespeichert und durch Datenverarbeitungsprozesse ausgewertet und monetarisiert.

Netzwerkeffekte fördern die Ausbildung von Monopolen und Oligopolen. Auch deshalb ist eine andere Form des Miteinanders im Internet erforderlich. In diesem Kommunikationsraum gibt es keine physische Präsenz. Menschliches Handeln ist hier nach neuen Maßstäben zu messen. Es liegt an uns, diese festzulegen.

Positiv gestalten. Auf den ersten Blick scheint die Entwicklung der digitalen Welt hin zum globalen Kulturraum bereits sehr weit fortgeschritten zu sein; viele Nutzer fühlen sich deshalb ohnmächtig anonymen Mächten ausgeliefert. Tatsächlich befinden wir uns erst in der zweiten, höchstenfalls dritten Dekade einer historischen Entwicklung.

Das Internet ist jung, es lässt sich noch eine Menge positiv gestalten. Und wo steht geschrieben, dass die Masse der Nutzer durch ihr Verhalten nicht auch mächtige Internet-Giganten dazu bringen kann, einen Kodex zu akzeptieren und einzuhalten? ⊡

Matthias Kammer
ist Direktor des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI).

Foto: Georgios Kollidas – Shutterstock

Treffpunkt Berlin. Schauplatz der dritten Info-Veranstaltung zum Digitalen Kodex.

Deutschland braucht einen Digitalen Kodex

Experten-Treffen in Berlin: Vom Straßenkampf auf eine andere Ebene kommen.

Jürgen Selonke

Gespannte Aufmerksamkeit. Die Keynotes der Referenten lieferten die Basis für angeregte Diskussionen.

Zur dritten öffentlichen Diskussion im Rahmen des Projekts „Digitaler Kodex" hatte das DIVSI jetzt nach Berlin eingeladen. Der hochkarätig besetzte Info-Abend untersuchte vor voll besetzten Reihen in der „Kalkscheune" die Frage: „Digitaler Straßenkampf oder Selbstverpflichtung – Wie entstehen Regeln im Netz?"

Hella Dunger-Löper, Staatssekretärin in der Berliner Senatskanzlei, unterstrich in ihren Grußworten die Bedeutung der Initiative: „Es ist sinnvoll und notwendig, nach neuen Wegen der Regulierung zu suchen." Neben der komplexen Gemengelage bei staatlicher Ausspähung des Netzes dürfe aber ein anderer Aspekt nicht aus dem Blick geraten. Dunger-Löper: „Es geht um die Frage, was private Unternehmen im Netz tun und ob sie das, was sie tun, dürfen oder nicht. Wir müssen nachdenken, um aus dem Straßenkampf auf eine andere Ebene zu kommen." Gerade Berlin verstehe sich bei diesen Entwicklungen in vieler Hinsicht als Labor und Vorreiter der digitalen Gesellschaft.

DIVSI-Direktor Matthias Kammer erklärte noch einmal, warum sein Institut seit gut einem Jahr im Team mit dem Berliner iRights.Lab die Möglichkeiten für einen Kodex im Netz auslotet: „Ein Digitaler Kodex, entwickelt aus einem breit gefächerten öffentlichen Diskurs unter allen Teilnehmern der Netzgesellschaft, könnte künftig die fortschreitende Digitalisierung positiv beeinflussen. Eine solche Richtschnur ist notwendig, um im Netz ein gemeinsames Grundverständnis von Fairness zu entwickeln."

Marina Weisband, ehemalige Geschäftsführerin der Piraten, warnte davor, in den Fehler zu verfallen, das Internet nationalstaatlich zu denken: „Das ist es nicht. Letzten Endes hat derjenige die Macht, dem die Infrastruktur gehört. Derzeit liegt sie in den Händen privater Firmen."

Im Hinblick auf mögliche Regulierungsmechanismen stellte sie fest, dass die Infrastruktur jedoch zu wichtig sei, um sie dem freien Markt zu überlassen: „Nur Regeln, die von den Nutzern gemacht sind, werden letztlich von den Nutzern auch angenommen und gelebt." →

> Transparenz funktioniert als Schutzinstrument nur, wenn auf Seiten des Nutzers ein hohes Maß an Wahl- und Entscheidungsfreiheit vorhanden ist.
>
> Dr. Till Kreutzer, iRights.Lab

Fotos: David Jacob, Zerbor – Fotolia

> Wir haben mittlerweile grandiose Erfahrungen mit Selbstregulierung im Bereich des Internets gemacht. Der Kodex für soziale Netzwerke ist nur ein Beispiel dafür, wie so etwas läuft, nämlich überhaupt nicht.
>
> Peter Schaar, Vorstand EAID, ehemaliger Bundesbeauftragter für den Datenschutz

→ Nach Ansicht von Dr. Jan-Hinrik Schmidt (Hans-Bredow-Institut) sorgen die dominierenden Player gerade in den sozialen Medien dafür, dass die Resultate unserer Mitwirkung abgeerntet werden. Schmidt: „Aber es ist ja nicht so, dass die Nutzer am finanziellen Wert, den etwa Google oder Facebook an der Börse haben, partizipieren. Das kann man unter der Perspektive Ausbeutung sehen. Die Nutzer erbringen unentgeltlich sehr wertvolle Arbeit."

Schmidt verglich die sozialen Kommunikationsräume des Internets mit einem holländischen Wohnzimmer. „Die haben dort historisch gesehen keine Vorhänge. Das führt praktisch dazu, dass man durch die Straßen gehen und in die Wohnzimmer hineinsehen kann. Man sieht, wer da lebt und wie dort gelebt wird." Ähnlich verhalte es sich mit sozialen Netzwerken wie Facebook, in denen sich Menschen über persönlichste Dinge austauschen, immer unter der Bedingung, dass andere mithören oder zusehen können. Der große Unterschied sei, dass im Internet die Macht des Vermieters – Facebook – sehr viel größer sei. Denn dieser könne auch einfach mal die Möbel neu arrangieren, bestimmte Bilder abhängen oder neue Türen und Fenster einsetzen.

Engagiert. **Peter Schaar, Vorstand der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz (EAID).**

Prof. Natali Helberger vom Institute for Information Law (IVIR, Amsterdam) ergänzte: „Es gehört in Holland aber zur guten Sitte, dass man trotz fehlender Vorhänge nicht ins Wohnzimmer schaut. Und solche gesellschaftlichen Vereinbarungen fehlten bisher im Internet."

Dr. Verena Metze-Mangold, Sozialwissenschaftlerin und Vizepräsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission, warnte: „Im Internet sind die wahrscheinlich mächtigsten Oligopole, die die Welt jemals gesehen hat, entstanden." Sowohl Konzerne als auch Staaten würden die Daten ihrer Nutzer und Bürger in einem kaum mehr kontrollierbaren Maß speichern und verarbeiten. Durch diese →

Kunst-Vortrag. **Salome Kammer (u.l., am Piano begleitet von Peter Ludwig) glänzte mit modernen Songs: „Digitales – analog vorgetragen". Unter den Zuhörern auch viele junge Gäste.**

Fotos: David Jacob, Zerbor – Fotolia

„Der Einfluss digitaler Großmächte auf das Alltagsleben und politische Entscheidungen wächst exponentiell.

Dr. Verena Metze-Mangold,
Vizepräsidentin der Deutschen
UNESCO-Kommission

> Wir sind aktuell in der Situation, dass wir vor einer maximalen Kartografierung unserer digitalen Existenz stehen.
>
> Philipp Otto, Projektleiter „Braucht Deutschland einen Digitalen Kodex?“, iRights.Lab

→ doppelte Tendenz drohe „eine totale Zerstörung der uns gewährten Menschenrechte“.

Die Bedeutung der Selbstregulierung als Ergänzung zu gesetzlichen Regeln unterstrich Susanne Dehmel, Bereichsleiterin Datenschutz bei BITKOM: „Selbstregulierung ist tatsächlich sehr wichtig. Aber nicht als Alternative zu gesetzlichen Regelungen, sondern als Ergänzung. Da kann dieses Instrument eine wichtige Aufgabe leisten.“

Peter Schaar, ehemaliger Bundesbeauftragter für den Datenschutz, dagegen: „Wer soll solche Selbstregulierungsgespräche etwa für soziale Netzwerke führen? Das wird ein Monolog von Zuckerberg. Es funktioniert in den wenigsten Fällen.“

Schaar zu seinem Verständnis von Datenschutz: „Man muss Menschen dazu befähigen, ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben, ohne gravierende Nachteile in Kauf zu nehmen. Da haben wir tatsächlich eine Entwicklung, wo der Datenschutz im Sinne der Gesetzgebung nicht mitgekommen ist. Man hat irgendwann aufgehört, die notwendigen Fragen überhaupt noch zu bearbeiten. Das ist eigentlich eklatantes Politikversagen.“

Dr. Till Kreutzer (iRights.Lab) untersuchte, ob Transparenz das Wunder- und Allheilmittel für mehr positives Miteinan-

> Recht, Verträge, soziale Normen und Software sind die vier Eckpfeiler der Regulierung vom Nutzerhandeln.
>
> Dr. Jan-Hinrik Schmidt,
> Hans-Bredow-Institut

Schlagabtausch. Susanne Dehmel (BITKOM) im Streitgespräch mit Peter Schaar (EAID). Matthias Spielkamp (M., iRights.Lab) moderierte diese dritte öffentliche Veranstaltung zum Digitalen Kodex.

der im Internet sein könne. Dazu stellte er drei Thesen auf: „Transparenz ist als generelles Rechtsprinzip wichtig und selbstverständlich. Transparenz ist eine Selbstverständlichkeit und kein Regulierungsinstrument. In der digitalen Welt ist Transparenz als Schutzinstrument ganz häufig unwirksam."

Sein Fazit: Transparenz funktioniert als Schutzinstrument nur, wenn auf Seiten des Nutzers ein hohes Maß an Wahl- und Entscheidungsfreiheit vorhanden ist."

DIVSI-Direktor Matthias Kammer resümierte: „Auch diese Veranstaltung hat gezeigt, dass auf ganz vielen Feldern Klärungs- und Handlungsbedarf besteht. Es wurde deutlich, dass dies alles eine internationale Dimension hat. Doch um die Diskussion überhaupt mal in Gang zu bringen, fangen wir da an, wo wir zu Hause sind. Deshalb haben wir gefragt, ob Deutschland eine Digitalen Kodex braucht. Ich denke, ja! Das ist auch heute deutlich geworden."

Foto: David Jacob, Zerbor – Fotolia

Kernpunkte: Überführen, aktivieren und auslösen

Die Basis für die nächsten Schritte ist gelegt. Jetzt müssen die gewonnenen Erkenntnisse umgesetzt werden.

Philipp Otto

Ein Thema in der gewaltigen Arbeitspalette des neuen Europaparlaments steht bereits fest: neue Regelungssysteme für den Umgang mit Anbietern, Dienstleistungen und Infrastrukturen in der digitalen Welt. Dabei geht es nicht nur um eine regulative Neustrukturierung der Art und Weise, wie Güter und Werke produziert, verteilt und gehandelt werden können. Vielmehr bedarf es auch der Entwicklung neuer sozialer und ethischer Parameter zur Bewertung der komplexen Vorgänge im digitalen Raum.

Neue Interessenlagen. Das Verfassungsrecht und die Grundrechte ringen mit neuen Geschäftsmodellen und den Interessenslagen alter und neuer Industriezweige, der Staaten wie auch der Nutzer. Welche digitale Ethik legen wir der Bewertung zugrunde, wenn es um die anonyme Nutzung des Internets geht? Wie schaffen wir überhaupt erst einmal die nötige Transparenz, um sinnvolle Regulierungsentscheidungen treffen zu können? Brauchen wir eine neue Währung im Netz? Eine Währung, die diejenigen Nutzer belohnt, die Angebote liken oder ihre Daten freiwillig zur Auswertung hinterlassen? Das sind Grundsatzfragen, die vieles im Umgang mit dem Internet auf den Kopf stellen werden. Ein „Weiter so wie bisher" wird es nicht geben können.

Vor zehn Monaten haben DIVSI und das iRights.Lab das Projekt „Braucht Deutschland einen Digitalen Kodex?" aufgesetzt. Die seitdem geführten Diskussionen und Untersuchungen haben gezeigt: Es kam genau zum richtigen Moment. Mit den Ergebnissen dieser ersten intensiven Untersuchungsphase – insbesondere in den Bereichen „Verantwortung im Netz" und „Die Rolle von Plattformanbietern" – haben wir die Basis für die nächsten Schritte gelegt.

In der Startphase haben wir uns bewusst auf grundsätzlichere Fragestellungen konzentriert. Innezuhalten und sich zu vergegenwärtigen, mit welchen zentralen Herausforderungen man konfrontiert ist, funktioniert nur begrenzt, wenn man den Tickermeldungen folgt und diese zum Maßstab erhebt. Eine ruhige, aber keineswegs langsame Herangehensweise hat sich bisher für das Vorhaben als Erfolgsfaktor erwiesen. Aktuell laufen die Planungen für die nächsten Schritte im Maschinenraum des Projekts auf Hochtouren. Drei strategische Kernpunkte werden im Fokus stehen:

- **Überführung der Idee eines Digitalen Kodex in die inhaltliche Praxis:** Anhand von spezifischen Themen wollen wir abklopfen, welche Erfolgs- oder Misserfolgsfaktoren dafür elementar sind und wie ein Regelungsmodell für konkrete Streitfragen und strategische

Spielregeln. Sie sind sogar beim Tischfußball nötig. Umso wichtiger sind sie bei so komplexen Dingen wie dem Internet.

Foto: Dziurek – Shutterstock, Jürgen Keiper

Gestaltungsoptionen aussehen kann. Dabei sollen anhand bewährter Mittel wie den öffentlichen Veranstaltungen, der Einbeziehung von Experten und der Erarbeitung sowohl des Sachstandes der einschlägigen Debatten als auch durch die Identifizierung von Konfliktlinien und -potenzialen strategische Vorschläge erarbeitet werden.

- **Aktivierung der Verantwortlichen:** Uns ist wichtig, alle Beteiligten in die Diskussion einzubeziehen. So liegen nicht nur originäre geschäftliche und strategische Interessen offener auf dem Tisch, sondern gerade an dieser Stelle können Kompromisslinien und realistische Modelle besser ausgelotet werden. Ein Digitaler Kodex ist nur unter Beteiligung aller möglich – insbesondere dann, wenn es nicht um einseitige Regulierungsvorschläge, sondern um ein kooperatives Miteinander geht.
- **Auslösen einer gesellschaftlichen Debatte:** Nutzer von digitalen Angeboten im Internet sind nicht nur die verhältnismäßig wenigen, die digital sehr aktiv sind. Es ist nahezu die gesamte Bevölkerung, die sich beispielsweise durch die Nutzung ihres Smartphones im digitalen Raum aufhält – wenn auch möglicherweise unbewusst. Eine gesellschaftliche Debatte muss also neben den „digitalen Eliten" auch weitere Bevölkerungskreise einbeziehen und breitenwirksam kommunizieren, um erfolgreich sein zu können. Im nächsten Schritt soll deswegen anhand von zugespitzten Fragen zu zentralen inhaltlichen Herausforderungen eine breitere gesellschaftliche Aktivierung erfolgen.

Diese drei übergeordneten Leitmotive bilden den Ausgangspunkt für die nächste Phase. Das Projekt zum Digitalen Kodex versteht sich dabei als Antrieb und Katalysator für Politik und Verwaltung wie auch für Unternehmen. Es geht uns um neue Ideen und Denkmodelle, neue Formen der Auseinandersetzung und der Schaffung von Regelungsmodellen für das alltägliche digitale Leben. Wir gehen dabei weder kulturpessimistisch noch Technik ablehnend an die Fragestellungen heran. Es geht uns dem Charakter nach um einen nüchternen, aber positiven Blick auf das Internet und all seine Möglichkeiten. Regulierung ist dabei weit mehr als rein gesetzliche Regulierung. Bereits die intensive Auseinandersetzung mit den genannten Fragen und weiteren Aspekten kann wesentlicher Teil einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung, einer gesellschaftlichen Regulierung im Sinne der Bildung von Wertmaßstäben sein.

Angst und Unsicherheit. Die aktuell grassierende Sprachlosigkeit in vielen potenziell von Regulierung betroffenen strittigen Bereichen im Internet verdeutlicht dabei die Angst und Unsicherheit der Nutzer, wenn es um weitere Anwendungen und Entwicklungen geht. Sie äußert sich auch in einer Zurückhaltung bei Unternehmen hinsichtlich möglicher Investitionen und potenzieller Expansionen. Und nicht zuletzt zeigt sie vielfach die Überforderung von Politik und Verwaltung, das digitale Leben aktiv zu gestalten. Ziel unseres Projekts ist daher auch, eine neue Sprache für Dinge zu finden, die bisher schwer benannt oder definitorisch gefasst werden können. Wir sind dabei Teil von vielfältigen Überlegungen bei vielen, die sich mit ähnlichen oder anderen, thematisch verwandten Fragen beschäftigen, und wollen unseren Teil dazu beitragen. ⊡

Philipp Otto
Leiter des Projekts „Braucht Deutschland einen Digitalen Kodex?", Partner des Think Tank iRights.Lab

Internet, Demokratie und Partizipation

Engagieren sich Menschen politisch, nachdem sie das Internet für sich entdeckt haben? Oder nutzen sie das Netz jetzt auch für politische Zwecke, weil es manches erleichtert?

Dr. Göttrik Wewer

Fotos/Illustration: Christian Mueller/Telnov Oleksii/Denys Prykhodov – Shutterstock

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat das Wissenschaftsjahr 2014 unter das Motto „Die digitale Gesellschaft" gestellt. Dazu gibt es im Laufe des Jahres viele Projekte und Veranstaltungen. Eines der Themen, die dabei behandelt werden sollen, ist politische Partizipation. Anders als Miriam Meckel, die mit ihrem Team bei ihrer Studie für das DIVSI einen weiter gehenden Beteiligungsbegriff zugrunde gelegt hat (s. S. 4) will die Bundesregierung den Fokus also bewusst auf politische Beteiligung richten. Das ist durchaus verständlich, da sich nicht mehr so viele Menschen wie früher in Parteien engagieren und an Wahlen teilnehmen und da niemand bisher ein Mittel gefunden hat, diesen Trend zu stoppen.

Wissenschaft uneinig. An der Europawahl haben sich zuletzt wieder mehr Menschen beteiligt als vor fünf Jahren, aber dieser Zuwachs reichte nicht so weit, dass wenigstens die Hälfte der wahlberechtigten Deutschen ihre Stimme abgegeben hätte. Den SPD-Kandidaten für das Amt des Präsidenten der EU-Kommission kannte nur ein Viertel der Wähler, obwohl es sich um einen Deutschen und bekannten Europäer handelt, zudem Präsident des EU-Parlaments; den Kandidaten der Konservativen kannten sogar nur 13 Prozent, obwohl er uns über viele Jahre die Beschlüsse von EU-Gipfeln im Fernsehen erläutert hat, ausgezeichnet Deutsch spricht und hier viele Auftritte absolviert hat. Wenn drei Viertel der Wähler nicht einmal die Namen der Kandidaten wissen, die sich um die Präsidentschaft der EU-Kommission bewerben, dann fragt man sich, was eigentlich Informationsfreiheit und Transparenzgesetze bringen sollen.

Zur politischen Beteiligung gibt es, wie Miriam Meckel mit ihrem Team gezeigt hat, die mit Abstand meisten Studien. Das heißt aber noch lange nicht, dass sich die Wissenschaft schon einig wäre. Während manche meinen, das Internet fördere nahezu zwangsläufig Demokratie und Partizipation, können andere keine oder nur geringe Effekte erkennen. Einige behaupten sogar, das Internet schwäche die Demokratie, jedenfalls die, die wir bisher kannten, und die sogenannten sozialen Medien führten nicht zu mehr, sondern zu weniger politischer Beteiligung.

Widersprüchliche Erkenntnisse bedeuten nicht, dass die Forscher schlechte Arbeit abliefern, sondern erinnern daran, dass das digitale Zeitalter gerade erst richtig begonnen hat und noch nicht klar erkennbar ist, wohin die digitale Revolution uns führt. Sie resultieren außerdem aus unterschiedlichen Untersuchungsansätzen, unterschiedlichen theoretischen Erklärungsmodellen und unterschiedlicher methodischer Vorgehensweise. Zudem sind die Kausalitäten schwer zu benennen: Engagieren sich Menschen politisch, nachdem sie das Internet für sich entdeckt haben, oder waren sie schon politisch interessiert und nutzen jetzt nur das Netz auch für politische Zwecke, weil es manches leichter macht? Henne oder Ei? Und ist es allein das Internet, das Menschen veranlasst, sich politisch zu beteiligen, oder sind es eher andere Faktoren, die dazu führen, dass sie die Politik für sich entdecken?

„Technology is the car", sagt David Gelernter, „not the driver." Nach diesem Modell würde das Internet als Treiber für

Demo online. Der neue Weg? Viele halten das Internet hier für überschätzt.

Demokratie und Partizipation systematisch überschätzt und wären technische Möglichkeiten weit weniger bedeutsam für die Frage, ob sich jemand politisch beteiligt oder nicht, als andere Faktoren: politische, ökonomische, soziale oder kulturelle. Anders gesagt: Es sind immer noch die Menschen, die darüber entscheiden, sich politisch zu engagieren und dafür auch das Internet zu nutzen. Ein allgemein anerkanntes Gesamtmodell aller Faktoren, die politische Beteiligung hervorrufen oder erschweren, hat sich noch nicht herausgemendelt.

Macht und Wissen. Das Heilsversprechen des Internets beruht auf der Tatsache, dass Informationen heute im Prinzip weltweit verfügbar sind, und der Hoffnung, dass besser informierte Menschen aufgeklärte Menschen sind. Wenn Wissen →

Online-Petitionen. Unkonventionelle Beteiligungen an der Politik nehmen zu.

COMMENT

→ Macht ist, dann löst sich die Macht auf, wenn alle dieses Wissen haben, dann gibt es keine Herrschaft mehr, keine Gewalt und auch keinen Krieg. Das ist die technokratische Utopie hinter dem Glauben, im digitalen Zeitalter ließen sich Demokratie und Partizipation nicht mehr aufhalten. Die Anzahl der Staaten, die man als gefestigte Demokratien bezeichnen kann, wächst aber schon lange nicht mehr. Bei vielen Ländern, die sich selbst formal so nennen, handelt es sich eher um „unechte" oder „unwahre" Demokratien, um „weak states" oder „failed states".

Elektronische Demokratie. Wenn man sich umsieht – Syrien, Ukraine, Türkei, Ungarn etc. pp. –, dann sind wenig Anzeichen zu erkennen, dass diese Utopie morgen Realität werden könnte. Von Nordkorea, Afghanistan, Pakistan, China oder Russland ganz zu schweigen. Quantitativ wächst die Anzahl der Demokratien, seit es das Internet gibt, offenkundig nicht. Aus dem „Arabischen Frühling" ist auch längst Herbst geworden. Entscheidend ist nicht, was die Menschen wissen könn(t)en, sondern was sie glauben wollen. Sie nehmen die Informationen auf, die sie aufnehmen wollen. Alles andere blenden sie aus. Wer glaubt, die Proteste auf dem Taksim-Platz seien aus dem Ausland gesteuert, der lässt sich von gegenteiligen Auffassungen im Internet nicht beirren.

Qualitativ könnte das Internet immerhin gefestigte Demokratien noch besser, noch demokratischer machen. Das Mittel dazu wäre die „elektronische Demokratie", also die Nutzung des Web 2.0 und der „sozialen Medien" in politischen Prozessen. An Bürgerforen oder Bürgerhaushalten beteiligt sich bisher aber nur eine kleine Minderheit, die nicht repräsentativ ist für die Bevölkerung, was die soziale Spaltung eher noch verstärkt. Und was die Vorschläge, die mit solchen Instrumenten generiert werden, tatsächlich bewirken, ist noch kaum erforscht. Kommen Ideen auf den Tisch, die wirklich neu sind, oder ist das meiste den Fachleuten schon bekannt? Führen solche Verfahren dazu, dass die Kommune in absehbarer Zeit schuldenfrei ist, oder dürfen die Bürger nur sagen, wo sie am ehesten sparen würden? Was wird durch „elektronische Demokratie" besser: die Beteiligung der Bürger? Ihre Identifikation mit der Gemeinde? Die politische Steuerung? Die faktische Haushaltslage? Die allgemeinen Handlungsspielräume? Und welche Bedeutung hat dabei das Netz?

Die konventionelle politische Beteiligung nehme zwar ab, aber dafür nehme eine unkonventionelle politische Beteiligung zu, ist eine der Thesen in der Diskussion. Die Menschen würden sich zwar weniger in Parteien engagieren, nicht mehr so häufig zur Wahl gehen und auch weniger Leserbriefe schreiben, sich dafür aber schneller an spontanen Protesten beteiligen, in Initiativen mitarbeiten und Petitionen online auf den Weg bringen.

Politik-Beteiligung. Auf der Systemebene lässt sich das hingegen nur bedingt erkennen: Politische Beteiligung ist zwar bunter und vielfältiger geworden, so scheint es, aber nicht „massenhafter" und intensiver. Man denke nur an die Ostermärsche oder an die Demonstrationen gegen die Nachrüstung oder gegen die Atomenergie. Was die neuen Formen politischer Beteiligung tatsächlich bewirken, ob sie den Politikbetrieb beeindrucken oder sogar dauerhaft verändern, ist noch nicht hinreichend erforscht. Insofern ist es gut, dass sich nicht nur die Bundesregierung, sondern auch eine Institution wie das DIVSI dieses Themas annimmt. Dass sich im letzten Jahr ein Institut für Protest- und Bewegungsforschung in Berlin gegründet hat, unterstreicht, dass es auf diesem Feld noch genug zu tun gibt. ⊡

Dr. Göttrik Wewer
ist Vice President E-Government bei der Deutsche Post Consult GmbH.

Abhören? Egal, ich habe nichts zu verbergen!

Ein Jahr nach den Snowden-Enthüllungen: Jeder Zehnte ist vorsichtiger geworden, die Mehrheit reagiert eher gleichgültig.

Meike Demattio

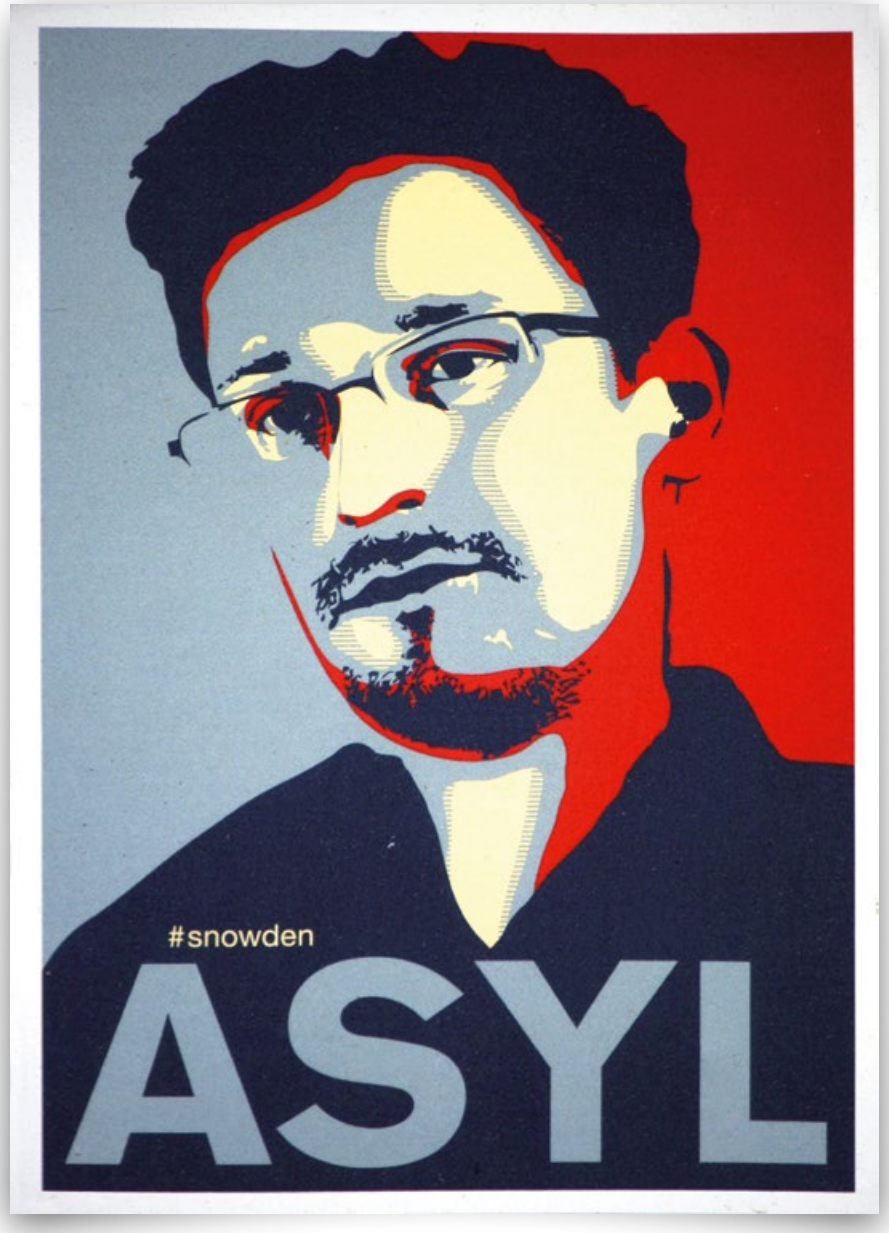
Der Stein kam vor etwas mehr als einem Jahr ins Rollen. Am 9. Juni 2013, ein Sonntag. Es war der Tag, an dem die Weltöffentlichkeit erstmals den Namen Edward Snowden hörte. Der frühere US-Geheimdienstmitarbeiter war nach Hongkong geflüchtet und enthüllte dort in einem Interview mit dem britischen „Guardian" Hintergründe über das, was seitdem als gigantische Ausspäh-Affäre bekannt ist: NSA und GCHQ haben mit ihren Aktionen PRISM und Tempora überall geschnüffelt. Fünf Tage später erwirkte das FBI mit einer Strafanzeige u. a. wegen Spionage einen Haftbefehl gegen ihn.

Für die einen ist Snowden ein Held, für die anderen ein Verräter. Was hat sich – ein Jahr nach seinen Enthüllungen – durch seine Aussagen für uns alle geändert? Privat und im allgemeinen Netzverhalten? Was fürchten wir, was lässt uns gleichgültig?

Schlussfolgerungen unterschiedlich.

Im Auftrag von DIVSI führte dimap zum Jahrestag dieses denkwürdigen Vorgangs zu Fragen dieser Art aktuell eine repräsentative Bevölkerungsstudie durch. In computergestützten Telefoninterviews wurden insgesamt 1007 Bundesbürger ab 16 Jahren als Zufallsauswahl befragt.

Die Berichterstattung über den Fall Snowden wird von der Mehrheit als genau richtig bezeichnet. Insgesamt fühlen sich 41 Prozent hinreichend informiert. 29 Prozent halten die Informationen dagegen für „zu wenig umfangreich". 15 Prozent haben zu dieser Frage keine Meinung. →



Versteckter Enthüller. Auch das FBI würde sich gern mit Edward Snowden unterhalten.

Fotos: Deutscher Bundestag/Achim Melde; 360b/Telnov Oleksii – Shutterstock

➜ Sehr unterschiedlich dagegen sind die Schlussfolgerungen, die von den Deutschen zum Thema Datenschutz im Internet seit Bekanntwerden der Spionageaffäre gezogen werden.

Beinahe jeder zweite (insgesamt 48 %) meint, dass das Vorgehen der Geheimdienste unser Recht auf Privatsphäre und damit die Grundrechte verletze. Am stärksten ist dieser Gedanke bei den 16- bis 24-Jährigen ausgeprägt. 60 Prozent dieser Gruppe sind davon überzeugt. Insgesamt 22 Prozent sehen solche Geheimdienstaktion allerdings als „gerechtfertigt" an, „solange es der Sicherheit aller dient".

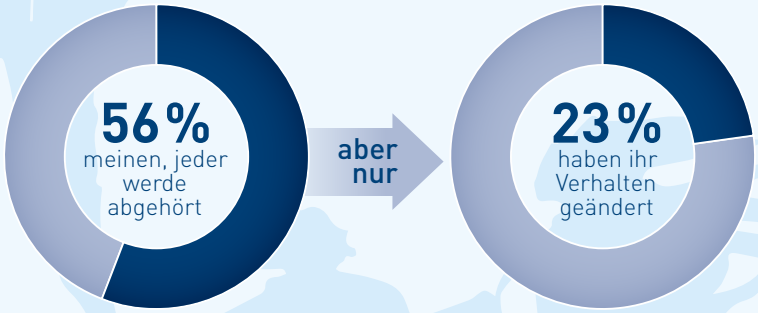
Mehrheitlich wird kritisiert, dass derzeit zu wenig für den Datenschutz in Deutschland unternommen wird. 47 Prozent sind insgesamt dieser Ansicht. Bei den Gruppen 25 bis 34 Jahre sowie 55 bis 64 Jahre liegt der Wert bei jeweils über 50 Prozent.

Auffällige Gleichgültigkeit. Generell lehnt die große Mehrheit den Zugriff auf private Daten im Netz durch Außenstehende ab. 83 Prozent aller Befragten würde einen Datenzugriff ausländischer Sicherheitsbehörden nicht erlauben. Im Vergleich zur repräsentativen PRISM Online-Blitzumfrage von DIVSI im Juni 2013 zeigt sich hier eine interessante Veränderung: Zwar waren bereits im vergangenen Jahr 84 Prozent dagegen, ausländischen Sicherheitsbehörden Zugriff auf private Daten zu gestatten – jeder Zweite war jedoch der Meinung, dass deutsche Sicherheitsorgane grundsätzlich durchaus Zugriff auf private Daten haben dürften. 2014 sehen dies nur noch 39 Prozent der Befragten so.

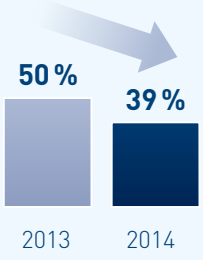
Die Untersuchung hat auch eine gewisse Gleichgültigkeit gezeigt. Zwar glaubt insgesamt die Mehrheit (56 %), jeder werde abgehört. Am stärksten (73 %) ist hiervon die Gruppe der 16- bis 24-Jährigen überzeugt. Andererseits sehen die meisten den Umgang mit Lauschangrif-

Snowden, NSA & PRISM – Das Jahr danach

Deutsche beim Datenschutz sensibler, ändern ihr Nutzungsverhalten aber nur wenig.



Jeder wird abgehört
Die Mehrheit der Deutschen ist der Ansicht, jeder wird abgehört. Viele zeigen sich gleichzeitig dennoch eher unbekümmert und ändern ihr Verhalten nicht. Nur 23 % geben an, vorsichtiger geworden zu sein. Auch vermuten 55 %, dass die Bevölkerung insgesamt ihr Nutzungsverhalten nicht geändert hat.



Ja!
Deutsche Sicherheitsbehörden dürfen Zugriff auf private Daten haben.

Nein!
Ausländische Sicherheitsbehörden dürfen keinen Zugriff auf private Daten haben.

Zugriff erlaubt?
Das Vertrauen in deutsche Sicherheitsbehörden gesunken: Zahlenvergleich zur Frage, wer Zugriff auf private Daten haben darf (zu DIVSI PRISM Blitzumfrage 2013).

Europa – Gemeinsam stark
Die Mehrheit der Deutschen hält ein gemeinsames Auftreten der EU-Staaten zum Thema Datenschutz für wichtig. 26 % sind der Meinung, dass jedes Land erst einmal einen eigenen Standpunkt finden soll. Nur 16 % finden einen gemeinsamen EU-Standpunkt nicht wichtig.

Quelle: DIVSI Mai 2014 Repräsentative dimap-Umfrage: 1007 Deutsche über 16 Jahre

> Die Umfrage zeigt, wie sehr die Menschen ein gutes Gespür dafür haben, dass der Schutz der Privatsphäre längst kein nationales, sondern ein internationales Anliegen ist. Hoffentlich findet die Politik bei diesem Thema insgesamt und nicht nur gegenüber den USA gemeinsame Positionen. Nur durch ein einheitliches und gemeinsames Auftreten der EU-Mitgliedsstaaten kann das Vertrauen der Menschen in die Digitalisierung gestärkt werden.
>
> Matthias Kammer, Direktor des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI)

fen recht locker. „Es interessiert mich nicht, ob meine Telefonate oder Mails abgehört oder aufgezeichnet werden. Ich habe nichts zu verbergen, und ich werde auch nichts ändern", erklären 44 Prozent aller Befragten. Dabei ist gleichzeitig eine deutliche Mehrheit (55 %) sicher, dass die „meisten Menschen ihr tägliches Nutzungsverhalten nicht geändert" haben. Von den 55- bis 64-Jährigen sind hiervon sogar zwei Drittel (66 %) überzeugt.

Nur 9 Prozent der Befragten geben an, wegen der Snowden-Enthüllungen beim Telefonieren, Mailen und Surfen im Internet „sehr viel vorsichtiger" geworden zu sein. Weitere 14 Prozent verhalten sich seitdem „etwas vorsichtiger".

Die Umfrage hat außerdem ergeben, dass das Internet insgesamt als die überwiegende Informationsquelle für das aktuelle Tagesgeschehen auf Platz 4 liegt (39 Prozent nutzen es hierfür). Spitzenreiter ist das Fernsehen (66 %) vor der Zeitung (53 %) und dem Radio (40 %).

Starke EU gefordert. Diese Wertigkeitsskala ändert sich allerdings mit Blick auf die speziellen Altersstrukturen. Das Internet als Informationsquelle ist bereits Spitzenreiter bei den 25- bis 34-Jährigen (75 %) sowie bei den 16- bis 24-Jährigen (62 %). Bei diesen Gruppierungen rutschen die klassischen Zeitungen mit 33 bzw. 21 Prozent deutlich ab. Diese Zahlen könnten eine allgemeine Verschiebung bei der Art von Informationssammlung signalisieren.

Die Mehrheit der Befragten (52 %) hält ein starkes, gemeinsames Auftreten der Europäischen Union beim Thema Datenschutz gegenüber den USA für wichtig. 26 Prozent finden, dass jeder Staat zunächst einmal seinen eigenen Standpunkt finden sollte. Und 16 Prozent haben quasi resigniert. Sie sind überzeugt, dass die USA ohnehin machen, was sie wollen.

Snowden selbst ist durch seine Enthüllungen übrigens zur prominenten Figur geworden. Insgesamt 80 Prozent der Befragten wissen ihn richtig einzuordnen. Dieser sehr hohe Bekanntheitsgrad bei allen soziodemografischen Gruppierungen macht deutlich, welche Aktualität die Vorgänge rund um seine Person und die Enthüllungen haben.

Strippenzieher. Vielen ist es egal, wer sich wo mit einstöpselt.

Foto/Illustrationen: dotshock/red rose – Shutterstock

Meike Demattio ist Projektleiterin bei DIVSI, verantwortet diverse Studienprojekte des Instituts.

Der staatliche Schutzauftrag im Wandel

Überkommene Handlungsinstrumente sind im digitalen Raum ineffektiv, zum Teil auch rechtlich und tatsächlich unmöglich.

Dr. Sönke E. Schulz

Gebietet es die staatliche Schutzpflicht für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme, Edward Snowden die Einreise nach Deutschland zu gestatten? Dr. Thilo Weichert, Landesbeauftragter für Datenschutz, kommt nach einer Analyse der einschlägigen Rechtsprechung zu diesem Ergebnis.

So formuliert das Bundesverfassungsgericht zur Vorratsdatenspeicherung im Jahr 2010: „Dass die Freiheitswahrnehmung der Bürger nicht total erfasst und registriert werden darf, gehört zur verfassungsrechtlichen Identität …, für deren Wahrung sich die Bundesrepublik in europäischen und internationalen Zusammenhängen einsetzen muss." Damit rückt die staatliche Schutzpflicht im Internet zunehmend in das Interesse grundrechtlicher Betrachtungen.

Zahlreiche Problemfelder. Offensichtlich ist die abwehrrechtliche Seite der Grundrechte nicht in der Lage, hinreichenden Schutz zu vermitteln. Im Netz sind es vor allem das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, auf Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme, das allgemeine Persönlichkeitsrecht und die Meinungsfreiheit, die von dritter – nicht unmittelbar grundrechtsgebundener – Seite (private Dritte oder ausländische staatliche Stellen) beeinträchtigt werden. Cybermobbing, ungewollter Umgang mit personenbezogenen Daten, Zugriffe auf die Systeme der Nutzer durch Apps und Zensur in sozialen Netzwerken sind nur einige Problemfelder.

Wie kann nun aber die Schutzpflichtdimension der Grundrechte aktiviert werden, um den beklagten Defiziten zu begegnen? In rein nationalen Sachverhalten wären solche kaum auszumachen; die genannten Fallgruppen ließen sich einer adäquaten Lösung zuführen. Für den hypothetischen Fall der vollständigen Beherrschbarkeit des Internets durch einen Nationalstaat käme es auch nicht zu Durchsetzungs- und Vollzugsdefiziten. Angesichts der Charakteristika des Internets (Staatsferne, Anonymität und Unkörperlichkeit, Globalität und Ubiquität, technische Komplexität) sind Beherrschbarkeit und nationale Steuerungskraft jedoch kaum (mehr) gegeben, die Mehrzahl der relevanten Kommunikationsbeziehungen ist nicht rein national zu erfassen. Die genannten Szenarien unterliegen nicht der deutschen – grundrechtlich geprägten – Rechtsordnung, können nicht über verfassungsrechtliche Rechtsinstitute befriedet werden und bewegen sich oft nicht einmal in einer konsentierten außerrechtlichen, sozialethischen Grundvorstellung.

War es früher insbesondere das Recht als Steuerungsressource, welches zum Ausgleich herangezogen werden

Immer und überall online. Auf Knopfdruck Verbindungen und Infos weltweit – Gefahren inklusive. Wer schützt uns?

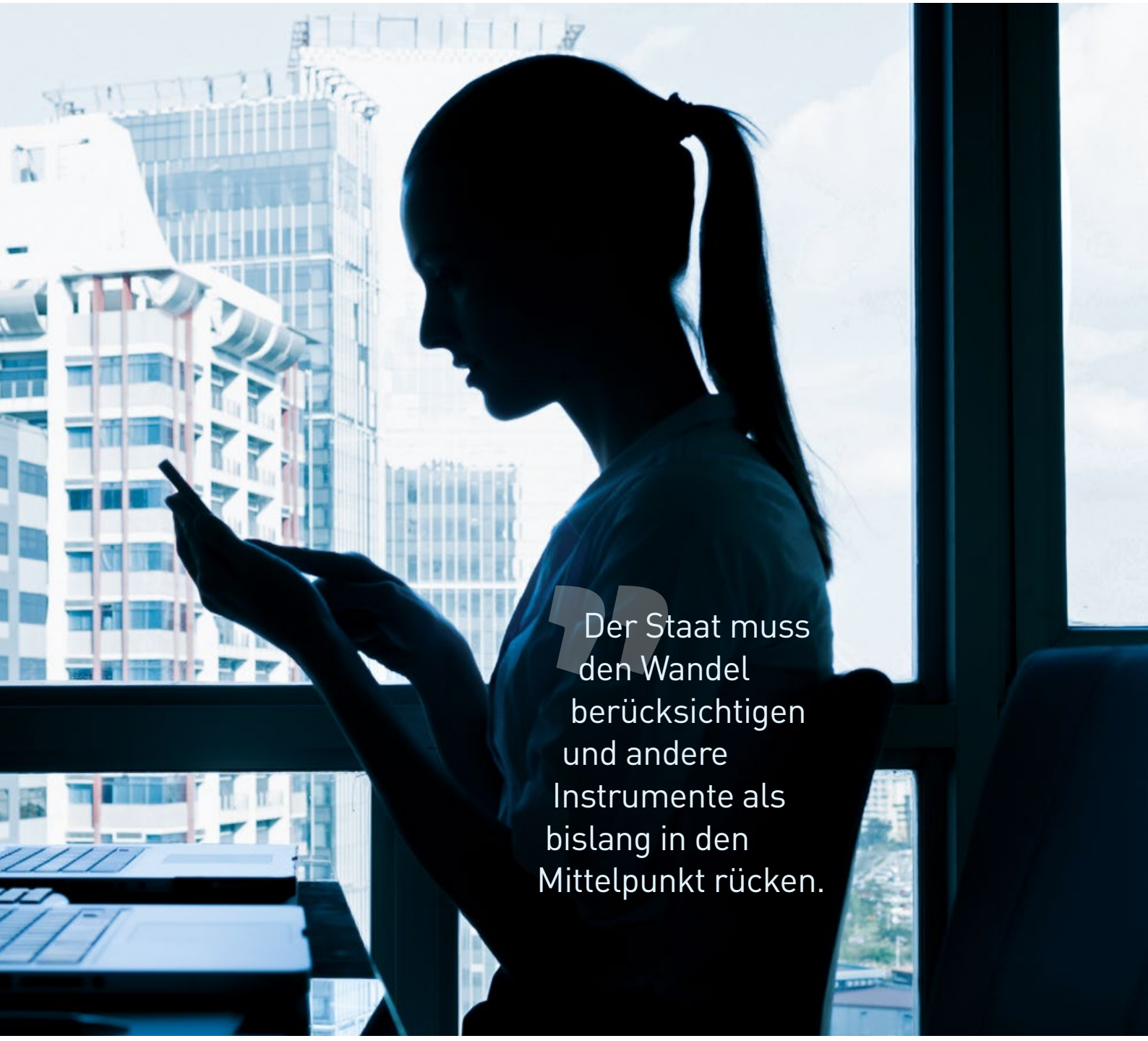


Foto: KieferPix – Shutterstock

konnte, rückt dieses immer mehr in den Hintergrund. Einerseits unterliegen viele Sachverhalte nicht ausschließlich dem deutschen, ggf. nicht einmal dem europäischen Rechtsregime; andererseits fehlen effektive Durchsetzungsmöglichkeiten. Die überkommenen Handlungsinstrumente sind im digitalen Raum nicht nur ineffektiv, sie sind überdies zum Teil auch rechtlich wie tatsächlich unmöglich.

Diese Erkenntnis bedeutet indes nicht, dass der Staat in zulässiger Weise untätig bleiben darf. Der Staat muss den Wandel berücksichtigen und andere Instrumente als in der Vergangenheit in den Mittelpunkt rücken.

Angesichts der begrenzten Steuerungsfähigkeit und Durchsetzbarkeit des Rechts dürften tatsächliche Maßnahmen, die eher in rein nationalen Zusammenhängen realisiert werden können, erfolgversprechender sein. Der Bürger muss zwar auch selbst Maßnahmen zur Eigensicherung ergreifen; gleichwohl kann ➔

→ aber der Staat abseits rechtlicher Reglementierung tätig werden, um die Wirkung der Grundrechte auch im Internet zu verbessern.

Internationalen Rechtsrahmen fortentwickeln. Globale Kommunikationsströme bedürfen eines globalen Schutzes. Referenzgebiet ist der Klimaschutz. Globale, völkerrechtliche Lösungen haben das Potenzial, wesentlich effektiver zu wirken. Internationale Vorschriften zu einem achtungsvollen, die Menschenwürde und das Persönlichkeitsrecht respektierenden Umgang im Internet könnten daher zielführend sein. Denkbar sind völkerrechtliche Verträge, bspw. in Form eines auch von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ins Gespräch gebrachten globalen Datenschutzabkommens oder einer Fortschreibung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte für die digitalisierte Welt. Bei veränderten internationalen Rechtsregeln handelt es sich im Ergebnis zwar um eine rechtliche Reaktion. Das Verhalten, welches unter Berufung auf grundrechtliche Schutzpflichten gefordert werden kann (im Sinne des BVerfG: der Einsatz für die Wahrung der verfassungsrechtlichen Identität in europäischen und internationalen Zusammenhängen), besteht darin, entsprechende Initiativen tatsächlich anzustoßen bzw. zu unterstützen.

Verhandlungen mit den Anbietern. Zielführend kann es auch sein, gemeinsam mit allen Akteuren der Internetkommunikation, mit Anbietern und Nutzern, Modelle des technischen Datenschutzes und einer Kompensation der unvermeidbaren Folgen für Opfer zu entwickeln. Hierzu sind Verhandlungen mit ausländischen Anbietern von Webdiensten (vor allem solchen, die ihren Sitz außerhalb der EU haben) erforderlich. Zielsetzung könnten überdies eigens auf bestimmte Rechtsräume oder Nutzergruppen (bspw. die öffentliche Verwaltung) zugeschnittene Nutzungsbedingungen oder Selbstverpflichtungen sein.

Aufpasser in roten Roben. **Staatliche Schutzpflicht im Internet rückt zunehmend in das Interesse grundrechtlicher Betrachtungen.**

Selbstregulierungsmaßnahmen. Instrumente indirekter Verhaltenssteuerung sind bspw. im Wirtschafts- und Umweltrecht ein Mittel zur Erreichung von Zielvorgaben, die gesetzlich nur in begrenztem Rahmen durchgesetzt werden können. Sie belassen den Betroffenen die Freiheit, zwischen verschiedenen mehr oder weniger beeinträchtigenden Verhaltensweisen zu wählen. Im Wege ökonomischer Anreize oder durch Informationen ließe sich so auf die Motivation der Akteure – Plattformbetreiber, Provider, Internet-Unternehmen etc. – Einfluss nehmen, dass sie bei der Ausgestaltung ihrer Dienste grundrechtsschonenden Varianten den Vorzug geben.

Medienkompetenz. Die Diskussion zur Medienkompetenz fokussiert oft unrichtigerweise ausschließlich Jugendliche. Aufklärung über grundlegende technische Vorgänge würde aber grundsätzlich helfen, bspw. Selbstschutz hinsichtlich des Umgangs mit den eigenen Daten im Netz zu üben. Bei Maßnahmen zur Steigerung der Medienkompetenz ist aber ebenso wie bei der Aufklärung zunächst ein Ziel festzulegen: So ist im Kontext des Datenschutzes die oft geforderte Grundeinstellung Privacy by default von einer bestimmten Grundhaltung geprägt – die Vertreter der Post-Privacy dürften ein anderes Ergebnis für zielführend halten. Der Staat sollte sich neutral auf die Vermittlung – auch technischer – Kompetenzen beschränken.

Aufbau und Förderung (staatlicher) Infrastrukturen und Dienste. Wirksamer Grundrechtsschutz lässt sich auch durch geeignete Infrastrukturen absichern, bspw. durch Dienste, die eine vertrauensvolle Kommunikation oder die sichere Speicherung von Daten gewährleisten. Ein Hemmnis staatlicher Dienste ist aber die oft fehlende Akzeptanz. Eine Option, dem staatlichen Schutzauftrag dennoch nachzukommen, ist die Kontrolle der im Markt vorhandenen Anbieter und deren Produkte durch Akkreditierung. Für die Anbieter besteht so die Möglichkeit, die Erfüllung gesetzlicher Mindestanforderungen durch ein Gütezeichen nachzuweisen. Besonders auf komplexen und grundrechtsrelevanten Gebieten kann ein solches Bedeutung erlangen, wenn die Nutzer technische Prozesse nicht überschauen.

Trotz dieser Maßnahmen können sich Betroffene im Internet – solange es an internationalen Regelungen fehlt – bei Internetsachverhalten nicht in gleicher Weise auf die Garantenstellung des Staates verlassen. Entsprechende Erwartungen dürften enttäuscht werden. Vergegenwärtigen sollte man sich aber auch, das, wer die Vorteile der Globalisierung, der zunehmenden Vernetzung, der auf Ubiquität und Raum- und Zeitunabhängigkeit basierenden Dienste nutzt, im Gegenzug nicht in gleicher Weise Schutz des Staates beanspruchen kann wie in rein nationalen Sachverhalten. ⊡

Dr. Sönke E. Schulz
ist geschäftsführender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lorenz-von-Stein-Institut und Habilitand bei Prof. Dr. Utz Schliesky.

Fotos: CAU Kiel, Evilboy/Wikimedia

Aktuelle Bücher

Schutzpflichten und Drittwirkung im Internet

Das Grundgesetz im digitalen Zeitalter

Schliesky/Hoffmann/Luch/Schulz/Borchers

Die zunehmende Digitalisierung weiter Teile des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens ist nicht nur eine Herausforderung für jeden Einzelnen, sondern auch für Politik, Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung. Angesichts neuer technischer Möglichkeiten der Digitalisierung kommt es aber zunehmend auch zu Rechtsunsicherheiten und Unklarheiten. Die Autoren untersuchen auf wissenschaftlicher Basis die gesamte Bandbreite der anfallenden Probleme, skizzieren Defizite der Grundrechtsfunktionen im Netz sowie Bedrohungsszenarien, zeigen aber auch einen Maßnahmenmix auf. Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Roman Herzog.

Nomos Verlag, ISBN 978-3-8487-1307-3, 48 €

Die digitale Zukunft des stationären Handels

Auf allen Kanälen zum Kunden

Andreas Haderlein

E-Commerce boomt. Wird es deshalb ein Artensterben im stationären Handel geben? Der Autor ist davon überzeugt. Läden „zum Anfassen" brauchen daher neue Ansätze im Handelsmarketing. Innovationsberater Haderlein zeigt, wie die aussehen könnten.

REDLINE Verlag, ISBN 978-3-86880-138-5, 34,99 €

Grundeinkommen statt Urheberrecht?

Zum kreativen Schaffen in der digitalen Welt

Ilja Braun

Das Urheberrecht ist im Digitalzeitalter in eine fundamentale Krise geraten. Geistiges Eigentum und freies Wissen – zwischen diesen Polen hat sich die Debatte eingependelt. Der Autor untersucht Lösungsansätze von der Kulturflatrate bis zur Idee einer öffentlich-rechtlichen Produktionsfinanzierung.

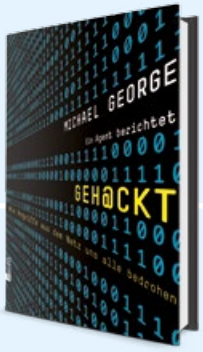
Transcript Verlag, ISBN 978-3-8376-2680-3, 21,99 €

Future Business Clouds

Herbert Utz; Hrsg: Appelrath/Kagermann/Krcmar

Vor allem kleinere Unternehmen stehen dem Cloud Computing noch skeptisch gegenüber. Das Buch analysiert den deutschen Markt und untersucht das Spannungsfeld zwischen dem Bedarf der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung, den aktuellen nationalen Initiativen und Projekten sowie dem internationalen Wettbewerb.

acatech Studie, ISBN 978-3-8316-4336-3, 49 €



Gehackt

Michael George

Ein Insider schlägt Alarm: Der Autor zeigt, dass der große Hack und der Blackout jeden Tag eintreten können. Jeder zehnte Privat-PC gilt heute bereits als gekapert und wird unbemerkt für kriminelle Zwecke missbraucht. Das Buch beschreibt das ganze Ausmaß der Gefahr, macht aber auch deutlich, dass der einzelne Nutzer durchaus etwas tun kann.

Rowohlt Verlag, ISBN 978-3-498-02437-6, 19,95 €

DIVSI Veröffentlichungen

Studien
Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet, 2012
Meinungsführer-Studie: Wer gestaltet das Internet?, 2012
Entscheider-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet, 2013
Freiheit versus Regulierung im Internet, 2013
U25-Studie – Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der digitalen Welt, 2014
Studie zu Bereichen und Formen der Beteiligung im Internet, 2014

Reden
Roman Herzog: Internet und Menschenwürde, 2013
Olaf Scholz: Braucht das Internet Vertrauen?, 2013

Diskussionsbeiträge
Dominic Völz, Timm Christian Janda: Thesen zur Netzpolitik – Ein Überblick, 2013
Christina Heckersbruch, Ayten Öksüz, Nicolai Walter, Jörg Becker,
Guido Hertel: Vertrauen und Risiko in einer digitalen Welt, 2013
Göttrik Wewer: Digitale Agenda 2013 – 2017 – Netzpolitik im neuen Deutschen Bundestag, 2013
Miriam Meckel, Christian Fieseler, Jan Gerlach: Der Diskurs zur Netzneutralität, 2013
DIVSI, iRights.Lab: Braucht Deutschland einen Digitalen Kodex?, 2014
Timm Christian Janda, Dominic Völz: Netzpolitik in Deutschland – Wahlprogramme,
Koalitionsvereinbarung, Regierungserklärung, 2014

DIVSI
Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet